

02.10.2020

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Antrag der der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Rechtsextreme, rassistische und antidemokratische Einstellungen in der Polizei NRW untersuchen und entschlossen bekämpfen! (Drs. 17/11144)“

I. Ausgangslage

Die vom Rechtsradikalismus ausgehende Bedrohung für die Sicherheit und den inneren Frieden in unserem Land ist in den letzten Jahren auf alarmierende Weise gestiegen! Allein im ersten Halbjahr 2020 wurden nach Auskunft der Landesregierung 1.301 politisch rechts motivierte Straftaten erfasst, davon 49 Gewaltdelikte. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer bei diesen Straftaten noch höher liegt. Für 2019 identifizierte der Verfassungsschutz in NRW rund 4.075 Rechtsextremisten und rund 3.200 Reichsbürger - dies war der höchste Stand seit 2010. Insgesamt ist eine zunehmende Radikalisierung der rechtsradikalen Gruppierungen zu beobachten, die in der jüngeren Vergangenheit zu einer besorgniserregenden Häufung rechtsterroristischer Angriffe geführt hat. Nach der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, dem Terrorangriff auf die Synagoge von Halle und nach der Zerschlagung einer rechtsextremistischen Terrorzelle in sechs Bundesländern erschütterten im Februar die Morde von Hanau unser Land, durch die zehn Menschen brutal aus dem Leben gerissen wurden.

Datum des Originals: datum/Ausgegeben: datum

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Umso erschreckender ist vor diesem Hintergrund die jüngste Enttarnung einer rechtsextremistischen Chat-Gruppe in der nordrhein-westfälischen Polizei, die über viele Jahre menschenverachtende und den Nationalsozialismus verherrlichende Inhalte verbreitet hat. Dies zeigt: Der Rechtsradikalismus ist eine Bedrohung, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht und gegen die auch Vertreter der Staatsgewalt nicht immer immun sind. Deshalb müssen auch unsere Sicherheitsbehörden wachsam sein, damit sich rechtsradikale Umtriebe bei ihnen nicht ausbreiten. Die Radikalen beschmutzen das hohe Ansehen und den Respekt, den sich die ganz große Mehrheit unserer Polizeibeamtinnen und - beamten erworben hat, indem sie sich täglich für unseren demokratischen Rechtsstaat einsetzt und ihn schützt.

Es muss oberste Priorität haben, dass gegen Rechtsradikalismus innerhalb der Polizei mit aller Härte und Konsequenz vorgegangen wird! Politisches Handeln darf sich jetzt nicht mehr auf reine Betroffenheitsrhetorik beschränken! Erforderlich sind vielmehr klare Maßnahmen, die deutlich machen, dass wir keine Nazis in unserer Polizei dulden!

Die SPD-regierten Bundesländer haben deshalb in einer gemeinsamen Initiative eine wissenschaftliche Studie zu Rechtsextremismus und Rassismus in der Polizei angeregt. Nordrhein-Westfalen muss sich dieser Forderung anschließen! Eine wissenschaftlichen Studie hat keinesfalls den Zweck, Polizisten unter Generalverdacht zu stellen. Vielmehr geht es darum, die aktuelle Lage zu analysieren und auf dieser Grundlage zu ermitteln, welche Instrumente bei der Einstellung, der Ausbildung und im Dienst der Beamten verändert werden müssten, um bei rechtsradikalen Umtrieben gegensteuern zu können. Das ist im ureigenen Interesse der Polizistinnen und Polizisten in unserem Land! Es dient der Wahrung des großen Vertrauens in die Polizei als Verteidiger unseres Rechtsstaates!

Fast alle jungen Polizistinnen und Polizisten treten ihren Dienst nach Beendigung ihrer Ausbildung mit einer hohen Motivation und mit gefestigter demokratischer und rechtsstaatlicher Überzeugung an. Es ist fatal, wenn sich im Laufe der Zeit durch negative Erfahrungen im Polizeialltag - zum Beispiel beim Einsatz in Kriminalitätsschwerpunkten - bei einigen Frustrationen entwickeln. Denn genau darauf haben rechte Rattenfänger gewartet! Sie suchen einen fruchtbaren Boden, um ihre menschenverachtenden Ideologien zu verbreiten und um pauschal gegen Ausländer, Flüchtlinge und andere Minderheiten sowie vermeintlich zu lasche demokratische Institutionen in Politik oder Justiz zu hetzen! Wir müssen Gegenstrategien entwickeln, damit dieses Gift nicht wirkt und unsere Polizeibehörden gegen solche radikalen Umtriebe immun sind! Wir brauchen somit konkrete Schlussfolgerungen für die tägliche Arbeit!

Auch in dieser Angelegenheit gilt: Öffentliche Debatten und Diskurse haben unsere Gesellschaft bisher immer nach vorne gebracht! Eine wissenschaftliche Studie zu Rechtsextremismus und Rassismus in der Polizei wäre hierfür ein Beitrag.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Wir haben Vertrauen in die Polizei, denn die ganz große Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten steht an unserer Seite für die Demokratie und unseren Rechtsstaat ein.
2. Rechtsradikale Polizeibeamtinnen und -beamte beschädigen das Ansehen, das die Polizei insgesamt genießt. Dies ist nicht hinnehmbar und eines demokratischen Rechtsstaats unwürdig.
3. Wenn wir nur zögerliche Antworten auf die aktuell bekannt gewordenen Vorfälle geben, spielen wir mit dem bisher vorhandenen hohen Vertrauen in unsere Polizei. Rechtsradikalismus und Rassismus in der Polizei sind deshalb mit aller Entschlossenheit und Konsequenz zu bekämpfen. Dazu sind die aktuelle Lage eingehend zu analysieren und - darauf aufbauend - konkrete Handlungen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

III. Der Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung wird beauftragt eine wissenschaftliche Studie über Rechtsradikalismus und Rassismus in der nordrhein-westfälischen Polizei in Auftrag zu geben. Diese soll die aktuelle Situation und das Ausmaß solcher Einstellungen in der Polizei untersuchen, mögliche Ursachen analysieren und insbesondere auch konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln, um Rechtsradikalismus und Rassismus in der Polizei zu bekämpfen.

2. In diesem Zusammenhang soll die Studie insbesondere auch folgende Fragen untersuchen und mit Handlungsempfehlungen unterlegen:
- Wie entstehen Vorurteile und ablehnende Haltungen gegen unsere Demokratie oder Minderheiten?
 - Welche Einstellungen bezüglich Rassismus und Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus sind auch unterhalb der Strafnorm erkennbar und welche Auswirkungen hat dies auf das Verhalten gegenüber Bürgerinnen und Bürgern bzw. Kolleginnen und Kollegen?
 - Was ist zur Nachbereitung des polizeilichen Alltags notwendig?
 - Welchen Belastungen und Repressionen sind Polizistinnen und Polizisten ausgesetzt, die rechtsextremistische oder rassistische Vorfälle ansprechen und/oder melden?
 - Wie können Polizistinnen und Polizisten ermutigt werden, um rechtsextremistische und rassistische Vorfälle im Kollegenkreis zu melden?
 - Wie kommt es, dass Beamte nach Jahren des wiederkehrenden Einsatzes zynisch werden oder abstumpfen?
 - Wie nutzen wir das Potential der vielen jungen Beamtinnen und Beamten, die frisch und motiviert in den Dienst einsteigen?
 - Wie nutzen wir das Potential der vielfältigen und interkulturellen Belegschaft in unserer Polizei?
 - Warum ist kluges „Criminal Profiling“ hilfreicher, als schlichtes Profiling nur nach der Herkunft?
3. Für die Erstellung der Studie ist eine umfangreiche wissenschaftliche Expertise heranzuziehen. Verschiedene Fachbereiche und Disziplinen müssen hierbei eingebunden werden. Hierzu zählen insbesondere die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW und die weiteren Hochschulen der Polizei anderer Länder, etwa die Akademie der Polizei Hamburg.

Thomas Kutschaty

Sarah Phillip

Sven Wolf

Hartmut Ganzke

und Fraktion